

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Post)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Daffeln u. Verwalt. Drag II, Telčanska 15 • Teleph. 20795, 31409, Raubredak. (ab 21 U. V.) 33555 • Postk. Ordami: 37544

13. Jahrgang.

Dienstag, 19. Dezember 1933

Nr 296.

## Umfangreicher Exekutionsschutz auch für Arbeitslose in Vorbereitung

Prag, 18. Dezember. Im Landwirtschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute über die Verlängerung des landwirtschaftlichen Exekutionsschutzes bis Ende Februar verhandelt. Dazu lag auch ein sozialdemokratischer Antrag vor, den Exekutionsschutz auch auf die Arbeitslosen und Kurzzeitarbeiter auszudehnen, welche ihren Verpflichtungen aus Hypothekendarlehen nicht nachkommen können. Dadurch sollen vor allem jene Arbeiterfamilien geschützt werden, welche in alten verschuldeten oder neu gebauten Häusern wohnen und nun in Gefahr sind, durch den Exekutor aus ihrem schwer errungenen Heim vertrieben zu werden.

Justizminister Genosse Dr. Meißner teilte in einer Erklärung mit, daß im Schoß der Regierung bereits über die Ausdehnung des Exekutionsschutzes auf arbeitslose Hypothekendarlehner beraten wurde; die aufsichtsvollen Verhandlungen mußten aber infolge des Ablebens Svehlas unterbrochen werden. Der Minister hofft aber, daß während des neuen zweimonatigen Provisoriums ein umfangreicher gesetzlicher Exekutionsschutz vorbereitet werden kann.

## Kritik an Hodzas Agrarpolitik

In der Debatte wurde auch von Vertretern der Koalitionsparteien, dem Nationalsozialisten Mikuláš und dem Nationaldemokraten Spáček, scharfe Kritik an der allgemeinen Linie der Agrarpolitik der Regierung geübt. Der tschechische Genosse Režek verlangte die Vorlage einer verlässlichen Statistik über die landwirtschaftliche Verschuldung. Verschiedene Debattegegner verlangten die Nachprüfung der Syndikalpolitik, ferner eine staatliche Umschuldungsaktion für die Landwirtschaft zwecks Verminderung der Zinslast.

Auf einen Antrag Mikuláš, der Landwirtschaftsminister möge über die Wahrnehmung der heimischen Agrarinteressen bei den Verhandlungen über die Kleine Wirtschaftsentente referieren, erließen Minister Hodza und gab eine längere Erklärung ab. Dabei kündigte er schon für Jänner Vorschläge in der Frage der landwirtschaftlichen Schuldentilgung an. Unter Betonung des eminenten staatspolitischen Interesses an dem wirtschaftlichen Ausbau der Kleinen Entente gab er die Versicherung ab, daß die Interessen der heimischen Landwirtschaft bei jeder Regelung gewahrt werden sollen.

## Austausch von Informationen über Hitlers Rüstungsforderungen

Paris, 18. Dezember. Außenminister Paul-Boncour empfing heute gegen Abend den britischen Botschafter Lord Tyrrell, der den französischen Außenminister über den Standpunkt der englischen Regierung zu der Forderung des Kanzlers Hitler in den Rüstungsangelegenheiten informierte.

Paul-Boncour unterrichtete dann den britischen Botschafter über die Unterredungen, die er in der vergangenen Woche mit Dr. Beneš hinsichtlich des Standpunktes der französischen Regierung zu den aktuellen internationalen Fragen hatte.

Hierauf empfing Paul-Boncour den italienischen Botschafter Grafen Pignatti di Custozza, den er gleichfalls über seine Unterredungen mit Minister Dr. Beneš informierte.

## Dollfuß Oberster Kriegsherr der klerikalen Sturmcharen

Wien, 17. Dezember. Parallel mit der Beratung der Heimwehrführer verhandelten in den letzten Tagen auch die Kommandanten der Sturmabteilungen der „Östmark“ in Wien, der militärischen Organisation der äußersten Rechten der christlichsozialen Partei. Bei den Beratungen wurde u. a. beschlossen, ein engeres gemeinsames Permanentkomitee der Führer dieser beiden militärischen Organisationen einzusetzen. Die bisher der Führung des „Kaisers“ Dr. Schuschnigg unterstellten Sturmabteilungen der „Östmark“ werden der unmittelbaren Oberleitung der Führung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß untergeordnet.

## Blutige Zusammenstöße vor der Londoner deutschen Botschaft

Demonstrationen für die Freilassung der Leipziger Angeklagten

London, 18. Dezember. (CPA.) Mehrere hundert Kommunisten versuchten Sonntag abends vor der Londoner deutschen Botschaft eine Kundgebung für die Freilassung der Angeklagten im Reichstagsbrandstifterprozess zu veranstalten. Hierbei kam es zu schweren blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und mit den englischen Faschisten. Mehrere Personen, darunter auch Polizisten, wurden verletzt. Acht Personen wurden verhaftet.

Als die Demonstranten vor der Botschaft eintrafen, brachen sie sofort mit den Rufen: „Nieder mit den Nazis“ durch die Polizeikette hindurch und versuchten die Botschaft zu erreichen. Nach wenigen Minuten trafen jedoch Polizeiverstärkungen zu Pferde und zu Fuß ein, die mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vorgingen. Es entspann sich dabei ein erbittertes Handgemenge. Ein Polizeikraftwagen wurde umgestürzt. Weitere Verstärkungen erhielt die Polizei von Scotland Yard und in kurzer Zeit waren vor der Botschaft hundert Schutzleute aufgestellt.

Ein zweiter kommunistischer Demonstrationzug wurde aufgehalten. Schließlich gestattete die Polizei dem Sekretär der kommunistischen „Internationalen Arbeitervereinigung“, mit einem Genossen zur Botschaft zu gehen und

ein Schriftstück zu überreichen, in dem die Freilassung der Angeklagten im Reichstagsbrandstifterprozess verlangt wird. Der Wunsch der Demonstranten, den deutschen Botschafter zu sprechen, wurde jedoch abgelehnt.

Kurze Zeit später ereignete sich ein weiteres Handgemenge auf dem in der Nähe liegenden Trafalgar-Platz, wo inzwischen englische Faschisten auf Lastautomobilen eingetroffen waren. Die Kommunisten überfielen die Faschisten mit den Rufen: „Nieder mit den Faschisten, hoch die Kommunisten!“ Die Schutzleute gingen auch hier wieder mit dem Gummiknüppel vor und konnten nach einiger Zeit und nach Vornahme von mehreren Verhaftungen die Ordnung wieder herstellen.

## Pollzeistrafen gegen Faschisten

In Zusammenhang mit den gestrigen Außerordnungen vor der deutschen Botschaft wurden heute vier Personen unter der Anklage, großen Unfug gestiftet zu haben, dem Polizeigericht vorgeführt. Drei, die faschistisch organisiert sind und gegen die kommunistischen Außerordner aufgetreten waren, wurden zu je sechs Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, der vierte, ein jugendlicher Arbeiter, wurde mit einer Geldstrafe von zehn Schilling belegt.

## Reichsgericht bestätigt zehn Todesurteile und verhängt selbst ein elftes

Leipzig, 18. Dezember. Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision von zehn zum Tode verurteilten Angeklagten gegen das Urteil des Düsseldorfster Schwurgerichtes im Hilmerprozess. Auf die Revision der örtlichen Staatsanwaltschaft verhängte das Reichsgericht gegen den Maurer Otto Lukat, der von der Vorinstanz wegen Mordversuchs zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, über dieses Urteil hinausgehend, antwortungsgemäß wegen Mordes die Todesstrafe.

Die Verurteilten hatten (nach der amtlichen Darstellung) in der Nacht zum 20. Juni 1932 auf die vor dem SA-Heim in Extrath (Bezirk Düsseldorf) stehenden Posten einen Ueberfall verübt, bei dem der SA-Mann Hilmer getötet und sein Kamerad Groß schwer verletzt wurde.

## Die Reichsbank in Nöten Zinsen Transfer auf 30 Prozent reduziert

Berlin, 18. Dezember. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wurde über die Transferierung der in der Zeit vom 1. Jänner 1934 bis 30. Juni 1934 eintretenden Fälligkeiten folgende Regelung beschlossen:

1. Zinsen und Tilgungsbeträge für die siebenprozentige Dawesanleihe von 1924 sowie die Zinsen von der 5,5prozentigen Young-Anleihe von 1930 werden voll transferiert.
2. Von allen fällig werdenden bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden eingezahlten Zins- und Gewinnanteilsbeträgen, sowie diesen Leistungen nach § 1 des Gesetzes gleichstehende Zahlungen, mit Ausnahme der Tilgungsbeträge werden 30 Prozent transferiert.
3. Eine Transferierung der Tilgungsbeträge mit Ausnahme derjenigen für die Dawes-Anleihe unterbleibt.
4. Hinsichtlich der nicht zu transferierenden, den Gläubigern bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden gutgeschriebenen Beträge verbleibt es bei der bisherigen Regelung.
5. Für Inlandsbesitzer deutscher Auslandsbeträge gelten, wie bisher, grundsätzlich die gleichen Bestimmungen wie für die ausländischen Besitzer.

## Die akademischen Senate unter der Fuchtel der Nazi-Studenten.

Berlin, 18. Dezember. Der preussische Kultusminister hat in einem Erlass bestimmt, daß an den preussischen Hochschulen der Führer des SA-Hochschulamtes, auch wenn er nicht Dozent ist, Mitglied des Senates der Hochschule ist.

## Abrüstungskonferenz muß in Genf abgeschlossen werden

Paris, 18. Dezember. Der französische Außenminister Paul-Boncour erklärte gestern im Einvernehmen mit Minister Beneš, daß, welches auch das Ergebnis des gegenwärtigen diplomatischen Austausches der Ansichten sein werde, die Abrüstungskonferenz auf Genfer Boden abgeschlossen werden müsse.

Minister Dr. Beneš ist heute abends mit dem Schnellzug nach Prag abgereist. Vor der Abreise fand ein herzlicher Briefwechsel zwischen Minister Dr. Beneš und Paul-Boncour statt.

## Irischer Faschistenführer verhaftet

Westport, 17. Dezember. Der Führer der blauen General O'Duffy ist, als er hier eine Versammlung abhalten wollte, verhaftet worden. Die Polizei hatte den Plog, auf dem der General sprechen sollte, abgeperrt. Auch in den anliegenden Straßen parolierten Militärabteilungen. O'Duffy wandte sich an die Menge und rief ihr zu: „Unsere Bewegung marschiert, bleibt ruhig.“ In diesem Augenblick wurde er festgenommen und sodann in Polizeigewahrsam gebracht. Im Verlaufe der Kundgebungen und Zusammenstöße, die sich an die Verhaftung des Generals angeschlossen, wurden zwei weitere Personen verhaftet. Es ist noch nicht bekannt, ob O'Duffy in Haft gehalten und unter Anklage gestellt werden soll.

Der Justizminister hat angeordnet, daß O'Duffy heute abends unter starker Begleitung aus Westport in das hiesige Gefängnis Arbour Hill überführt werde. O'Duffy wird nach Weihnachten sich vor dem Militärgericht zu verantworten haben, dem Verbot zu wider ein blaues Hemd getragen zu haben.

## Antidemokratisch! Die „Bohemia“ im Urteil eigener Redakteure

Unsere Leser haben gewiß alle die Erklärung gelesen, die wir am Sonntag auf der ersten Seite veröffentlicht haben. Wir haben gar keinen Grund über die näheren Umstände, die zu dieser Erklärung geführt haben, zu schweigen, sondern wir wollen heute ausführlich darüber sprechen, weil bei der Gerichtsbehandlung, in der diese Erklärung vereinbart wurde, Tatsachen bekannt geworden sind, die den Kampf, den wir gegen die getarnte faschistische Presse in der Tschechoslowakei, insbesondere gegen die „Bohemia“ führen, moralisch und politisch glänzend gerechtfertigt haben.

Am 15. September haben wir in unserem Blatte unter dem Titel „Wem dient die Bohemia“ einen Aufsatz veröffentlicht, in dem wir das Porträt dieses Blattes, seiner Herausgeber und Redakteure gezeichnet haben. Wir haben dort die Macher der „Bohemia“ als „sudetendeutsche Faschisten mit schlechtliegenden Zornklappen“ bezeichnet und die ganze politische, geistige und moralische Wandlung ertört, welche die „Bohemia“ seit dem Machtantritt Hitlers in Deutschland mitgemacht hat. Auf Grund dieses Artikels haben nun zwei der dort näher gekennzeichneten Funktionäre der „Bohemia“, die Herren Dr. Weil und Dr. W. A. N. Heimer, gegen uns die Klage erhoben. Bei der Verhandlung über diese Klage konnten die beiden Genannten nachweisen, daß sie bereits am 13. September, — also zwei Tage, bevor unser Artikel erschienen war — dem Verwaltungsrat der „Bohemia“ ihre Kündigung überreicht haben. Als uns die Briefe der beiden Genannten vorgelegt wurden, haben wir nicht gezögert festzustellen, daß die Charakteristik, die wir von den Funktionären der „Bohemia“ in dem oben bezeichneten Artikel gegeben haben, auf diese beiden nicht zutrifft. Gleichzeitig aber wurden unsere Verschuldigungen gegen die Zeitung der „Bohemia“ vollinhaltlich bestätigt, da die beiden ehemaligen Redakteure der „Bohemia“ eben aus den von uns angeführten Gründen das Blatt verlassen haben. Die Briefe, die die beiden Herren an den Verwaltungsrat der „Bohemia“ gerichtet und die sie — um ihre demokratische Gesinnung unter Beweis zu stellen — dem Gerichte vorgelegt haben, sind ein moralischer Sieg in dem energischen und leidenschaftlichen Kampfe, den wir gegen derartige getarnte faschistische Presseorgane, wie die „Bohemia“ ist, führen.

In dem Brief, den Dr. W. A. N. Heimer an den Präsidenten des Verwaltungsrates der „Bohemia“ gerichtet hat, wird als Grund seiner Kündigung ausdrücklich das Abweichen des Blattes von der demokratischen und freiheitlichen Linie“ angeführt und Herr Dr. Mannheimer hat bei Gericht selbst erklären lassen, daß er seit Beginn der Reaktion in Deutschland Artikel in der „Bohemia“ nicht gezeichnet hat und daß sein Austritt deswegen erfolgt sei, weil „er nicht an einem Blatt mitarbeiten könne, das keine Garantien für eine demokratische Haltung biete“. Noch entschiedener hat seinen Standpunkt Herr Dr. Friedrich Weil dargelegt, der vierzehn Jahre lang Redakteur der „Bohemia“ war und dem Blatt schwarz auf weiß bestätigt hat, daß es „seiner Mission in jeder Richtung untreu geworden ist und die Interessen des sudetendeutschen Volkes keineswegs mehr wirksam vertritt“. Dr. Weil wirft der politischen Leitung der „Bohemia“ weiter vor, daß ihre Haltung keineswegs dem Vermächtnis Professor Ruffas entspricht, daß „die deutsch-demokratische Partei um ihr letztes Ansehen gebracht wurde“ und daß er deswegen aus







Der türkische Fünfjahrplan.

Das türkische Volkswirtschaftsministerium arbeitet an einem Wirtschaftspl...

Textilarbeiterlöhne in der Tischechlowakei niedriger als in Japan!

In der Folge des „Textilarbeiter“ vom 19. Dezember finden wir einige statistische Ziffern...

Löhne in der japanischen Textilindustrie richtig sind, dann können unsere Löhne nicht die Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Textilindustrie sein.

An einer anderen Stelle veröffentlicht der „Textilarbeiter“ einen Beitrag aus Nordböhmen...

Table with 2 columns: Year, Average Income. Rows for 1929, 1930, 1931, 1932, 1933 i. Halbj.

In demselben Bezirke hat sich die Zahl der beschäftigten Textilarbeiter seit 1929 ununterbrochen vermindert...

Neue Veröffentlichungen der S.M.P. Im Verlag der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erscheint...

Jüdische Solidarität. Dieser Tage fand in Litauen eine Konferenz der litauischen Juden statt...

Bestialischer Mord. In der Nähe des Bahnhofs Schwarzfelsen-Lauterbach wurde Sonntag der Steinbrucharbeiter Reinhold Günter...

Geschäft mit Amerika. Die österreichische Firma Hofstad und Pöschel...

Eine seltsame Geschichte. In der Nähe der litauischen Stadt Proslintskis wurde ein Mann namens Alvis mit einer schweren Schussverletzung...

Wer lernt mit? Dieser Aufruf ist an alle jene gerichtet, welche Lust haben, die tschechische Sprache zu lernen...

Der Aufstieg soll im offenen Ballon erfolgen! Mark Edward Ridge...

Auswanderer nach Palästina, Achtung! Die tschechisch-slowakischen Staatsangehörigen, die nach Palästina auswandern...

„Wir steigen 40.000 Meter im offenen Ballon!“

Im März 1934. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) London, im Dezember. Die Welt steht vor einer Stratosphären-Revolution...

Die wissenschaftliche Welt kann heute schon auf eine gewisse Stratosphärenforschung zurückblicken. Nach Piccards beiden Aufstiegen...

erfolgt, dann kann man damit rechnen, daß die Landung im südlichen Frankreich vor sich gehen wird.

Aber inzwischen liegen einige interessante Stunden. Ich denke, ich werde bei der Größe des ins Auge gefassten Ballons...

Der „Stratosphären-Anzug“ gegen Sauerstoffmangel und Kälte. Bisher verflochten sich die Stratosphärenballonisten...

Der Aufstieg soll im offenen Ballon erfolgen!

Man darf diesen Stratosphären-Anzug wohl in Anlehnung an die bisher von Davis gehaltenen Taucheranzüge...

Schon zurück aus Nizza?

Die gleichgeschaltete Zeitschrift „Die Tat“ — einst stand sie Schlicher nahe — nahm in einer ihrer letzten Nummern...

Abgemischt: abwechslungsreiche Filme bringen auch diesmal wieder die Produktionsfirmen heraus...

Ich Du, ich ginge lieber in den Klub Gelb-Lila. Da sitzt man jetzt so urgemütlich auf der neuen Terrasse...

Und am Ende denkt der Mitarbeiter der gleichgeschalteten Zeitschrift einen Augenblick ernsthaft nach...

Da — überall! Und vor allem auch in der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“...

